

## **USTERTAG 2016**

**Ansprache von Korpskommandant**

**Aldo C. Schellenberg, Kommandant Luftwaffe**

**Uster, 20. November 2016**

### **Die Schweiz im Spannungsfeld von Sicherheit und Freiheit**

Sehr geehrter Herr Regierungspräsident

Sehr geehrter Herr Kantonsratspräsident

Sehr geehrter Herr Stadtpräsident

Geschätzte Vertreter aus Politik, Militär und Gesellschaft

Werte Gäste

Liebe Ustermerinnen und Ustermer

Und damit ich garantiert niemanden vergesse in dieser schönen Kirche:  
Liebe Freunde einer freien, sicheren und unabhängigen Schweiz!

Ich fühle mich sehr geehrt und freue mich ausserordentlich, dass ich heute  
an diesem ehrwürdigen Anlass das Wort an Sie richten darf.

Und das aus einem doppelten Grund, einem beruflichen und einem per-  
sönlichen.

Sechs Jahre nach dem Chef der Armee spricht wieder ein Mitglied der  
Armeeführung am Ustertag.

Nun fragen Sie sich vielleicht, warum Militärs an der Feier der Geburts-  
stunde der Demokratie im Kanton Zürich auftreten sollen?

Für mich ist unsere Milizarmee ein Teil unserer Gesellschaft und leistet einen erheblichen Beitrag zur Sicherheit unseres Landes und damit zur Bewältigung von Katastrophen, Krisen und Konflikten.

Sie schützt damit die Freiheit und die Rechte des Volkes und wahrt die Unabhängigkeit unserer schönen Schweiz.

Damit hilft sie massgeblich mit, den gemeinsamen Wohlstand, den inneren Zusammenhalt, die kulturelle Vielfalt und die Menschenwürde in unserem Land zu erhalten und zu fördern.

Dies sind nicht nur die zentralen Werte der abendländischen Kultur und der modernen Schweiz, sondern sie waren insbesondere auch die zentralen Anliegen der Zürcher Landbevölkerung von 1830, als sie sich in Scharen in Uster versammelte, um ihre „alten Rechte“ wiederzuerlangen.

Deshalb verdienen es die Themen Sicherheit und Freiheit, breit in der Öffentlichkeit diskutiert zu werden. Der Ustertag ist eine hervorragende Möglichkeit dazu.

Andererseits habe ich auch einen persönlichen Bezug zum Ustertag.

Ich bin in Bülach aufgewachsen und meine Vorfahren sind seit Jahrhunderten im Zürcher Unterland ansässig. Vielleicht war einer meiner Urväter am 22. November 1830 auch auf dem Zimiker-Hügel und hat sich friedlich, aber bestimmt für die Rechte der Landbevölkerung eingesetzt.

Dazu passt auch, dass ich diesen Sommer in Stäfa die 1.-August-Rede halten durfte.

Denn was der Zürcher Landbevölkerung 1795 im Stäfner Handel noch verwehrt wurde, nämlich die politische und wirtschaftliche Gleichberechtigung mit den Stadtbürgern, konnte sie 35 Jahre später in der Folge des Ustertags erlangen.

Zu überzeugend waren die aufklärerischen Ideale der französischen Revolution mit ihrem Motto **Freiheit, Brüderlichkeit und Gleichheit** als dass die vorrevolutionären Eliten nach dem Wiener Kongress von 1815 die Macht nachhaltig wiederherstellen konnten.

Und zu überzeugend waren die demokratischen Ideen der Gewaltenteilung mit repräsentativ gewählten Parlamenten sowie der Forderung nach Presse-, Vereins-, Versammlungs-, Handels- und Gewerbefreiheit ein.

Allerdings lehrt uns die Geschichte, dass es leider nicht reicht, Freiheit, Sicherheit und Volksrechte einmal errungen zu haben.

Sie müssen stets gehegt und gepflegt und wieder von Neuem erkämpft werden.

Kommt hinzu, dass sich die beiden Werte zwar gegenseitig bedingen, in ihrer Extremform aber auch ausschliessen.

Absolute Freiheit bedeutet Anarchie, ist also eine Freiheit ohne Sicherheit, was letztlich auch zum Verlust der Freiheit führt.

Und das Streben nach absoluter Sicherheit durch Aufgabe der Freiheit führt zu Totalitarismus, dies wiederum zu Willkür und somit zum Verlust der Sicherheit.

Das haben schon unsere Vorfahren erkannt. „**Wer Sicherheit der Freiheit vorzieht, bleibt zu Recht ein Sklave**“, schrieb Aristoteles. Wilhelm von Humboldt wandte ein "**Ohne Sicherheit vermag der Mensch weder seine Kräfte auszubilden noch die Frucht derselben zu geniessen; denn ohne Sicherheit ist keine Freiheit.**"

Mit wem halten Sie es, mit Humboldt oder Aristoteles?

Die Frage ist auch heute noch so aktuell wie zur Zeit der alten Griechen oder wie im 19. Jahrhundert.

Heutzutage diskutieren wir zum Beispiel darüber, welche Rechte und Instrumente Sicherheitskräfte und Nachrichtendienste benötigen, um Terroranschläge verhindern zu können.

Dem Interesse der Gefahrenabwehr steht die befürchtete Einschränkung der Bürgerrechte gegenüber.

Ende September haben zwei Drittel der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger das neue Nachrichtendienstgesetz gutgeheissen, welches eine massvolle Erweiterung der Mittel zur Informationsbeschaffung beinhaltet, namentlich im Bereich der Informatiksysteme.

Gleichzeitig sieht es aber hohe rechtsstaatliche Hürden für die Anwendung dieser Mittel vor. Eingriffe in die Privatsphäre der Bürger sollen nur mit grösster Zurückhaltung erfolgen.

Das Spannungsfeld Sicherheit und Freiheit geht aber weit über den Schutz der Privatsphäre hinaus.

Denken Sie an die allgemeine Wehrpflicht, welche die Freiheitsrechte der betroffenen jungen Männer im Interesse der Landesverteidigung massiv einschränkt.

Der Staat geht sogar so weit, vom Soldaten zu verlangen, im äussersten Fall sein eigenes Leben zu opfern, um Sicherheit und Freiheit anderer zu schützen.

Der Soldat muss also genau auf diejenigen Rechte verzichten, für deren Schutz er eingesetzt wird.

Dieser Widerspruch lässt sich nur so erklären, dass einige wenige ein Opfer zu bringen haben für das Wohl vieler, beziehungsweise für die Bewahrung der Gesellschaft und ihrer Werte.

Doch wer entscheidet, welche Werte der Gesellschaft schützenswert sind?

Wer sind einige und wer sind viele?

Staat und Gesellschaft müssen auf diese Fragen eine Antwort finden, denn ein Staat, der die Sicherheit und Freiheit seiner Bürger nicht schützen kann, verliert seine Existenzberechtigung.

Ich komme auf die Problematik dieser Abwägung zurück, möchte mich aber zuerst der Frage widmen, was denn Sicherheit überhaupt bedeutet?

Sicherheit bzw. Sicherheitsempfinden hat verschiedene Aspekte.

Neben der klassischen öffentlichen Sicherheit durch die Staatsgewalt - wie Polizei und Militär – erwartet man heute vom Staat auch

- den Schutz vor technischen und natürlichen Umwelteinflüssen,
- den Schutz vor den Folgen des Arbeitsplatzverlustes oder der Arbeitsunfähigkeit,
- den Schutz vor den Folgen von Krankheit und/oder Alter und
- die Sicherstellung des Kaufkrafterhalts des Vermögens,
- und so weiter und so weiter.

Letztlich trägt auch ein stabiles politisches Umfeld zum gesellschaftlichen Sicherheitsempfinden bei.

Sicherheitsempfinden besteht also aus mehreren Faktoren und kein Bereich darf gegen den anderen ausgespielt werden.

Nur wer sich geborgen und sicher fühlt ist bereit, in die Zukunft zu investieren und trägt damit zum Fortschritt und Wohlstand des Landes bei.

Nach siebzig Jahren Abwesenheit von kriegerischen Auseinandersetzungen in Europa - seit dem Ende des zweiten Weltkrieges - ist es deshalb nicht verwunderlich, dass die äussere Sicherheit für unsere Bevölkerung an Bedeutung verloren hat, insbesondere im Vergleich zur sozialen Sicherheit.

Diese Entwicklung spiegelt sich auch in den Bundesaussgaben wieder.

Wendete der junge Bundesstaat im 19. Jahrhundert noch mehr als die Hälfte seines Budgets für die Landesverteidigung auf, sank dieser Anteil auf knapp unter 20% am Ende des Kalten Krieges.

Seither sind die Verteidigungsausgaben nochmals stark gesunken - auf heute nur noch gut 7%.

Parallel dazu sind die Ausgaben für Gesundheit und Soziales im gleichen Ausmass gewachsen.

In jüngster Zeit hat sich die Wahrnehmung der Bevölkerung bezüglich äusserer Bedrohung allerdings geändert.

Die Studie "Sicherheit 2016" der ETH Zürich zeigt, dass die Schweizerinnen und Schweizer die weltpolitische Lage so pessimistisch wie noch nie zuvor einschätzen.

Auch das allgemeine Sicherheitsempfinden und die Einschätzung der näheren Zukunft der Schweiz sind im Vergleich zu den Vorjahren signifikant schlechter geworden.

Ist diese Einschätzung berechtigt oder lediglich eine kurzfristige Überreaktion im Zeichen der Terroranschläge von Paris, Brüssel und Nizza sowie der Ereignisse in der Ukraine und auf der Krim?

Niemand kann mit Sicherheit Aussagen über die Zukunft machen und niemand kann Ereignisse ausschliessen, welche die innere oder äussere Sicherheit der Schweiz und ihrer Bevölkerung gefährden.

Die Geschichte zeigt uns: Was heute unvorstellbar erscheint, kann morgen ohne Vorwarnung eintreffen.

Der Sicherheitspolitische Bericht 2016 des Bundesrates zeigt die für die Schweiz massgebenden Bedrohungen und Gefahren deutlich auf: illegale Beschaffung und Manipulation von Informationen, Terrorismus und Gewaltextremismus, bewaffneter Angriff, Kriminalität, Versorgungsstörungen sowie Katastrophen und Notlagen.

Der Bericht kommt zum Schluss, dass es in den letzten fünf Jahren zum Teil markante negative Entwicklungen auf diesen Gebieten gegeben hat.

Dies gilt insbesondere für das im Zuge der Ukraine-Krise nachhaltig verschlechterte Verhältnis zwischen dem Westen und Russland, die Verschärfung der Bedrohung durch den dschihadistischen Terrorismus sowie das Ausmass an illegalen Aktivitäten und Missbrauch im Cyber-Raum.

Auch wenn die Schweiz wohl nicht im Zentrum dschihadistisch motivierter Gewalttaten stehen dürfte, so sind Terror-Anschläge trotzdem nicht auszuschliessen.

Schliesslich repräsentiert die Schweiz die freiheitliche und offene abendländische Kultur mit ihren demokratischen, aufgeklärten und rechtsstaatlichen Werten geradezu idealtypisch.

Es verwundert mich persönlich deshalb nicht, dass die Schweiz auf der vom IS im Internet publizierten Liste der feindlichen Länder steht.

Eine direkte klassische militärische Bedrohung der Schweiz steht heute nicht im Vordergrund.

Tatsache ist aber, dass die Spannungen und Konflikte im unmittelbaren Umfeld Europas seit dem Ende des Kalten Krieges noch nie so besorgniserregend waren wie heute.

Das militärische Potenzial - gemessen an moderner, angriffsfähiger Ausrüstung und der Fähigkeit, dieses regional oder global zur Durchsetzung politischer Interessen einzusetzen - wird zur Zeit in und um Europa stark ausgebaut und immer öfter auch eingesetzt.

Denken Sie nur an die aktuellen Konflikte an der Peripherie Europas von Libyen über den Nahen und Mittleren Osten bis zur Ukraine.

Was besonders beunruhigend ist:

Während die Akteure der beiden Machtblöcke des Kalten Kriegs im Wesentlichen bekannt und berechenbar waren, sind die sicherheitspolitische Lage und deren Akteure heute weit diffuser, komplexer und unberechenbar.

Die Wahl des neuen amerikanischen Präsidenten Donald Trump wirft zudem die Frage auf, ob die USA künftig vermehrt einen isolationistischen Kurs einschlagen werden.

Weiter bleibt abzuwarten, wie sich das Land unter der neuen Regierung innerhalb der NATO positioniert.

Die jüngsten Reaktionen innerhalb der EU zeigen jedenfalls deutlich, dass sich in Europa diesbezüglich eine gewisse Verunsicherung breit macht und sich die Forderungen häufen, Europa müsse in Zukunft mehr für die eigene Sicherheit tun und damit mehr Verantwortung übernehmen.

Fest steht jedenfalls, dass die Schweiz auch in Zukunft in Form einer glaubwürdigen bewaffneten Neutralität für ihre Sicherheit sorgen und damit einen eigenständigen Beitrag an die Sicherheit und Stabilität Europas erbringen müssen.

In Anbetracht der zu erwartenden Entwicklungen vielleicht noch mehr als bisher.

Ich will kein Schwarzmalerei sein, aber wir können nicht die Augen verschliessen vor den Tatsachen:

Nach dem Ende des Kalten Krieges herrschte nicht plötzlich Weltfrieden, wie das zum Teil geglaubt wurde.

Die weltweite Sicherheitslage ist unberechenbarer denn je und es gibt beunruhigende Entwicklungen, nicht nur weit weg, sondern direkt vor unserer Haustüre.

Wie die Freiheit ist Frieden nicht etwas Selbstverständliches, etwas Naturgegebenes, sondern ein fragiles Gleichgewicht, das immer wieder erkämpft und bewahrt werden muss.

Schon die Römer wussten:

„**Si vis pacem, para bellum**“, auf Deutsch: „Wenn du den Frieden willst, bereite den Krieg vor.“

Somit stellt sich die Frage, ob die Schweiz denn gewappnet ist gegen dieses Spektrum von Bedrohungen?

Wie bereits erwähnt haben die Stimmberechtigten am 25. September 2016 das neue Nachrichtendienstgesetz angenommen.

Damit erhält unser Nachrichtendienst angemessen lange Spiesse gegen Terrornetzwerke, ohne dass die Schweiz deswegen zu einem Überwachungsstaat würde.

Der Cyber-Raum stellt heute eine zusätzliche zentrale Herausforderung dar. Er ist überall, in beinahe allen unseren Geräten und Prozessen.

Er ist das Herz von Milliarden von Objekten unserer hochtechnisierten Gesellschaft. „Cyber in War“ ist bereits tägliche Realität.

Die Konsequenzen eines Missbrauchs des Cyber-Raums sind nicht einfach technischer Natur. Vielmehr handelt es sich um eine sicherheitspolitische Herausforderung ersten Ranges.

Angriffe im Cyber Raum haben ein derart grosses Bedrohungspotential, dass selbst die NATO ihre Mitglieder gebeten hat, eigene „Cyber Commands“ zu etablieren.

Und was macht die Schweizer Armee im Bereich Cyber?

Sie schützt in erster Priorität ihre eigenen Netze und Infrastrukturen, um ihre Einsatzfähigkeit über alle Lagen sicherstellen zu können.

Bis jetzt haben wir diese Hausaufgaben gemacht und wir bleiben am Ball.

Und was machen die anderen?

Die Cyber-Strategie des Bundes stützt sich im Wesentlichen auf das Handeln in Eigenverantwortung von Wirtschaft und Behörden und will die nationale Zusammenarbeit sowie die Kooperation mit dem Ausland fördern.

Mit einem permanenten gegenseitigen Informationsaustausch sollen Transparenz und Vertrauen geschaffen werden.

Der Staat soll nur eingreifen, wenn öffentliche Interessen auf dem Spiel stehen oder er im Sinne der Subsidiarität handelt.

Als Militär stelle ich mir in diesem Zusammenhang die Frage, ob der Staat zur Aufrechterhaltung des Betriebs und der Resilienz kritischer Infrastrukturen in Bereichen wie Energieproduktion und -verteilung, Zahlungsverkehr, Versorgung, Kommunikation und so weiter nicht mehr Verantwortung zu übernehmen hat.

Diese Diskussionen müssten tabulos geführt werden.

Im Bereich der Landesverteidigung steht die Armee vor einer wegweisenden Erneuerung.

Nachdem das Referendum gegen die Revision des Militärgesetzes und damit gegen die Weiterentwicklung der Armee nicht zustande gekommen ist, steht deren demokratisch legitimierten Umsetzung ab dem 1. Januar 2018 nichts mehr im Weg.

Unter der Voraussetzung, dass die Armee die benötigten finanziellen Ressourcen erhält, um das verlangte Leistungsprofil erfüllen zu können, werden wir in Zukunft insbesondere

- wieder aus dem Stand massgeschneidert mobilisieren können, um auf überraschende Grossereignisse zu reagieren;
- dabei alle benötigten Einsatzverbände vollständig mit den leistungsrelevanten Systemen ausgerüstet in den Einsatz bringen können;
- sowie unseren Armeekadern die beste praktische Führungsausbildung vermitteln, die sie in die Lage versetzt, Krisen kompetent zu bewältigen und Truppen verantwortungsbewusst zu führen.

Die Armee ist ein zentraler Bestandteil des Sicherheitsverbundes Schweiz und die wohl bedeutendste sicherheitspolitische Reserve des Bundes

Sie unterstützt die zivilen Behörden im Inland, wenn deren Mittel nicht mehr ausreichen - bei der Abwehr schwerwiegender Bedrohungen der inneren Sicherheit, bei der Bewältigung von Katastrophen und anderer ausserordentlicher Lagen und im Rahmen der sogenannten koordinierten Dienste.

In der Krise muss die Armee in der Lage sein, den Schutz des Landes und der Bevölkerung sowie deren Lebensgrundlagen zu gewährleisten.

Das heisst vor allem Überwachung, Sicherung und Bewachung kritischer Infrastrukturen, Offenhalten und Kontrolle wichtiger Verkehrsachsen, Schutz von Grenzabschnitten und natürlich Schutz des Luftraums.

Und dies alles über längere Zeit.

Im Konfliktfall - und damit nach der Entbindung von der Neutralitätspflicht - muss die Armee über die Fähigkeit verfügen, einen bewaffneten Angriff selbstständig oder allenfalls in Kooperation mit befreundeten Nationen abzuwehren.

Sicherheit und Freiheit sind nicht gottgegeben, sondern müssen immer aufs Neue mit grossem Einsatz errungen und bewahrt werden.

Dieser Einsatz erfordert nicht nur das persönliche Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger, sondern beinhaltet auch die Bereitstellung der dazu benötigten finanziellen Mittel durch den Staat, welche wiederum durch die Steuerzahler und somit durch die Staatsbürger getragen werden müssen.

Doch warum verlangt der Staat diesen grossen Aufwand von seinen Bürgerinnen und Bürgern, und warum sind wir bereit, diesen Aufwand – mehr oder weniger gerne und mehr oder weniger freiwillig – zu leisten?

Aus zwei Gründen.

Erstens haben schon die französischen Aufklärer erkannt, dass die Sicherheit und die persönliche Freiheit die einzigen Bedürfnisse sind, die niemand für sich selbst gewährleisten kann.

Dazu braucht es zwingend eine Gemeinschaft mit einem geregelten und geordneten Zusammenleben.

Mit anderen Worten: Das Bedürfnis nach Schutz und Sicherheit und der Bewahrung der Unabhängigkeit führte die Menschen erst dazu, organisierte Gemeinschaften auszubilden, die über den Familienverband und die Sippe hinausgehen.

Die Gewährleistung von Sicherheit und Freiheit ist somit der Zweck des Staates schlechthin.

Zweitens sind Sicherheit und Freiheit unverzichtbare Grundvoraussetzungen für eine funktionierende Demokratie.

Nur wer sich frei eine eigene Meinung bilden kann und keinem gewaltsamen oder wirtschaftlichen Druck ausgesetzt ist, kann seine demokratischen Rechte zur Mitwirkung und Selbstbestimmung auch tatsächlich wahrnehmen.

Ein demokratischer Staat hat also ein Interesse, ja sogar eine Verpflichtung, die Freiheit und Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger zu wahren, damit diese ihre Rechte überhaupt unabhängig ausüben können.

Es kann daher nicht überraschen, dass schon die Väter der ersten Bundesverfassung von 1848, ganz im Geiste des Ustertags, den Zweck des Bundesstaats in Artikel 2 wie folgt formulierten:

**"Behauptung der Unabhängigkeit des Vaterlandes gegen Aussen, Handhabung von Ruhe und Ordnung im Innern, Schutz der Freiheit und der Rechte der Eidgenossen und Beförderung ihrer gemeinsamen Wohlfahrt."**

Und auch im Zweckartikel der heute gültigen Bundesverfassung stehen Sicherheit und Freiheit an erster Stelle – zu recht, wie ich meine!

**Damit komme ich zu einem ersten Fazit:**

Das Spannungsfeld zwischen Sicherheit und Freiheit lässt sich nicht widerspruchsfrei auflösen.

Beide sind unverzichtbare Grundlagen des demokratischen Staates und deren Garantie gleichzeitig auch seine wichtigste Aufgabe.

Andererseits schliessen sie sich in ihrer extremen Ausprägung gegenseitig aus.

Mit den Worten von Werner Maihofer, der als deutscher Innenminister während der Zeit des RAF-Terrors hautnah mit der Fragestellung konfrontiert war:

**„Absolute Sicherheit heisst absolute Unfreiheit. Absolute Freiheit heisst absolute Unsicherheit. (...) Und im Konflikte zwischen Sicherheit und Freiheit: in dubio pro libertate. Im Zweifel für die Freiheit.“**

Unsere rechtsstaatlichen Prinzipien verlangen, dass staatliches Handeln immer im öffentlichen Interesse liegen und verhältnismässig sein muss (Art. 5 BV).

Wer aber entscheidet in der Demokratie, was im öffentlichen Interesse ist und ob der Grundsatz der Verhältnismässigkeit erfüllt ist?

Damit sind wir zurück bei der Frage, wer diese Abwägung vorzunehmen hat, und nach welchem Massstab geurteilt werden soll.

Nun, ich kann Ihnen dafür keine goldene Regel nennen und ich habe auch keine Checkliste.

Ich bin aber überzeugt, dass derjenige Staat der Lösung am nächsten kommen wird,

- dessen Handeln nach transparenten Kriterien erfolgt,
- die von mündigen Bürgern
- in einer öffentlichen Auseinandersetzung festgelegt worden sind.

Damit komme ich zur Bedeutung des schweizerischen Milizsystem für die öffentliche Auseinandersetzung mit dem Spannungsfeld zwischen Sicherheit und Freiheit und für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte.

Einerseits ist der Milizsoldat ein kritischer, mitdenkender Bürgersoldat, der seinen Auftrag zur staatlich legitimierten Gewaltanwendung nach bestem Wissen und Gewissen und mit gesundem Menschenverstand erfüllt.

In diesem Sinne ist Miliz eben nicht das Gegenteil von Professionalität, sondern sie ermöglicht vielmehr erst die Professionalität.

Als militärischer Kommandant - zum Beispiel der Gebirgsinfanteriebrigade 12 beim Einsatz am World Economic Forum in Davos - war ich immer wieder beeindruckt, mit welcher Ernsthaftigkeit, Gründlichkeit und mit welchem Verantwortungsbewusstsein die Soldaten aller Ränge und Funktionen ihre Aufgabe erfüllten, sobald es wirklich zählte.

Diese mündige und selbstverantwortliche Ernsthaftigkeit unserer Soldaten im Einsatz bei gleichzeitiger gesunder und kritischer Distanz im Training gibt mir die Zuversicht in unser Milizsystem und macht mich stolz, einen Teil dieser weltweit einzigartigen Armee zu sein.

Zumindest in diesem Sinne hat die Schweiz die beste Armee der Welt!

Andererseits stellt der Milizsoldat in seiner Eigenschaft als Bürger in Uniform die Rückkoppelung seiner Erfahrungen in die Zivilgesellschaft sicher, in der er oder sie ausserhalb des Militärdiensts während 48 Wochen im Jahr verankert ist.

Es verwundert deshalb nicht, dass das öffentliche Interesse an sicherheitspolitischen Fragen in der Schweiz ausserordentlich hoch ist.

So geben gemäss bereits erwähnter ETH Studie fast 50 Prozent der Bevölkerung an, dass das Militär im schweizerischen Leben eine zentrale Rolle spiele.

Die sicherheitspolitische Diskussion findet bei uns also nicht unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt.

Diese persönliche Betroffenheit und die damit verbundene Transparenz ermöglichen eine wirkungsvolle demokratische Kontrolle der Streitkräfte, nehmen aber auch die politischen Entscheidungsträger in die Verantwortung.

**Lassen Sie mich zusammenfassen:**

Sicherheit und Freiheit sind beide unverzichtbare Grundpfeiler unseres Staates.

Gerade die Schweiz mit ihren gut ausgebauten Freiheitsrechten und ihrem grossen Wohlstand hat viel zu verlieren und damit auch viel zu schützen.

Sicherheit verursacht nicht nur Kosten, sondern hat einen unschätzbaren Wert.

Beim Streben nach Sicherheit dürfen wir jedoch nicht ausser Acht lassen, dass derjenige, welcher die Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu gewinnen, am Ende beides verlieren wird.

Es braucht also die sorgsame Abwägung zwischen dem Bedürfnis nach Sicherheit und der Wahrung der Freiheit.

Die Antwort der Schweiz auf diese Herausforderung ist unser Milizsystem in Politik, Militär und Gesellschaft.

Durch unseren persönlichen Beitrag ehren wir das Engagement der Zürcher Landbevölkerung am Ustertag von 1830 und erhalten damit unser Land lebens- und somit schützenswert.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit, vor allem aber für Ihren persönlichen Beitrag zu einer sicheren, unabhängigen und freien Schweiz!